

HarmoS ab 1. August in Kraft

Bildungspolitische Kurznachrichten

Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK)

Die EDK genehmigt ein Konkordat zur Harmonisierung der Stipendien. Damit das Konkordat in Kraft tritt, müssen ihm zehn Kantone beitreten.

*

Das HarmoS-Konkordat tritt am 1. August 2009 in Kraft. Die Beitrittskantone setzen die Inhalte des Konkordats bis spätestens auf Beginn des Schuljahres 2015/2016 um. Nach Ablauf dieser Frist wird die EDK eine Beurteilung vornehmen, inwieweit das Ziel «Harmonisierung der obligatorischen Schule Schweiz» erreicht ist.

Hochschulförderung, -planung

Der Bundesrat veröffentlicht die Botschaft zu einem Gesetz über die Förderung und Koordination der Hochschulen. Das Gesetz solle eine gemeinsame Struktur von Bund und Kantonen schaffen zur Koordination der ETHs, Universitäten und Fachhochschulen. Ziel ist es, die Schwerpunktbildung und eine effiziente Mittelverwendung zu fördern.

Zulassungsbeschränkung

Auch für das Studienjahr 2009/10 liegen die Anmeldungen für das Studium der Human-, Zahn- und Veterinärmedizin weit über den vorhandenen Studienplätzen. Zulassungsbeschränkungen mit Eignungstests sind unausweichlich.

Universitäten

Koordination

Die Universitäten Lausanne, Genf und Neuenburg spannen auf dem Gebiet protestantische Theologie und Religionswissenschaften eng zusammen. Sie bilden auf der Grundlage der Verflechtung des Unterrichts und Ergänzung in der Forschung eine Partnerschaft. Erstmals wird in der Romandie ein ganzer Studiengang von drei Universitäten gemeinsam geleitet.

Bern

Die Universitäten Bern und Basel bieten ab dem Herbstsemester 2009 einen europaweit einzigartigen Masterstudiengang in «International and Monetary Economics» an. Der Studiengang dauert drei Semester, ist als Vollzeitstudium aufgebaut und richtet sich an einen internationalen Interessentenkreis. Unterrichtet wird ausschliesslich auf Englisch.

St. Gallen

Das Management erneuerbarer Energien erhält einen eigenen Lehrstuhl. Es soll ein Kompetenzzentrum für betriebswirtschaftliche Aspekte im Bereich erneuerbarer Energien und von Energieeffizienz aufgebaut werden.

Tessin

Die Universität plant die Schaffung eines dreijährigen Masters in klinischer Medizin. Das Projekt soll in Zusammenarbeit mit anderen Schweizer Universitäten lanciert werden.

Zürich

Die Universität hat das Institut für Hausarztmedizin eingeweiht.

Eidgenössische Technische Hochschulen

ETH Lausanne

Die ETH Lausanne legt, zusammen mit privaten Partnern, den Grundstein für das Quartier de l'innovation. Es wird in fünf neuen Gebäuden Forschungszentren nationaler und internationaler Unternehmen beherbergen, die eine wissenschaftliche Partnerschaft mit der EPFL bilden.

ETH Zürich

Das Sport-Center4 der ETH Höggerberg ist offiziell eingeweiht.

Forschung

Der Schweizerische Nationalfonds konnte im Jahre 2008 rund 621 Millionen Franken für die Forschungsförderung einsetzen. Davon entfielen u. a. 402 Millionen auf Projektförderung, 114 Millionen auf Personalförderung, 11 Millionen auf Nationale Forschungsprogramme und 62 Millionen auf Nationale Forschungsschwerpunkte.

Volksschulen

Der Urner Landrat beschliesst den Beitritt zum HarmoS-Konkordat. Der definitive Entscheid fällt im September an der Urne.

*

In den Kantonen Zug und Freiburg ist das Referendum gegen den Beitritt zum HarmoS-Konkordat zustande gekommen.

Berufsbildung

Schwerpunktsetzung statt starre Lehrpläne und mehr interdisziplinäre Aktivitäten prägen die totalrevidierte Berufsmaturitätsverordnung, die der Bundesrat genehmigt hat. Sie tritt am 1. August 2009 in Kraft.

*

Der Kanton Luzern will die Berufsmatura auf zusätzliche Ausbildungsrichtungen (gewerbliche und naturwissenschaftliche) ausweiten, um vermehrt begabte Jugendliche in die Berufsbildung zu holen.

Arbeitsmarkt

Steigende Geburtenzahlen beschenken den Vor- und Primarschulen mittelfristig höhere Schülerbestände. Da viele Lehrer in Pension gehen, braucht es ab 2010 mehr Junglehrer.

Verbände, Organisationen, Institutionen

Die SVP der Schweiz kritisiert die Arbeiten an einem einheitlichen Lehrplan für die 21 Deutschschweizer Kantone. Es mangle an messbaren Leistungszielen und an einer Beschränkung auf die Kernfächer.

*

Die Berufsverbände der Lehrer der Kantone Bern, Baselland, Basel-Stadt, Solothurn und Oberwallis fördern ein Moratorium für das Frühfremdsprachenkonzept «Passepartout» (Französisch in der 3. Klasse, Englisch in der 5. Klasse). Das Vorhaben sei ungenügend vorbereitet, drücke auf die Schulqualität und beeinträchtige die Gesundheit der Lehrpersonen.

*

Jede Person ohne Ausbildung kostet die öffentliche Hand im Schnitt jährlich 10000 Franken (höhere Sozialausgaben, geringere Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen). Dies ergab eine Studie von Travail Suisse. Investitionen in die Ausbildung würden sich daher lohnen.

*

Bei der Berufsbildung sollen Menschen mit Behinderungen nicht mehr benachteiligt werden. Deshalb müsse im Berufsbildungsgesetz ein Anrecht auf berufliche Bildung für alle verankert werden, fordert der Verband Insos Schweiz (Soziale

Institutionen für Menschen mit Behinderung). Für viele Jugendliche seien die Anforderungen der neuen, zweijährigen Attestausbildung zu hoch.

*

Wer eine Berufslehre abgeschlossen hat, soll vom Staat finanzielle Hilfe für Weiterbildung erhalten. Der Gewerkschaftsbund (SGB) und der KV Schweiz fordern Bildungsgutscheine mit Wert von 5000 Franken für die höhere Berufsbildung.

Volkentscheide

Mit deutlichem Resultat hat der Souverän von Appenzell-Ausserrhodens die Initiative zur Wiedereinführung der Schulnoten entgegen Regierung und Parlament gutgeheissen.

*

In der Volksabstimmung fand das Aargauer Bildungskleblatt keine Gnade. Alle fünf Einzel-

vorlagen wurden abgelehnt. Damit ist der geplante Bildungsraum Nordwestschweiz in Frage gestellt.

*

Im Kanton Graubünden ist die Ethik-Initiative der Jungsozialen abgelehnt worden (Ersatz des Religionsunterrichtes durch das obligatorische Fach Ethik). Der Gegenvorschlag des Grossen Rates wurde angenommen. Damit wird in der Schule neben einer Religionsstunde auch eine obligatorische Stunde «Religionskunde und Ethik» eingeführt.

Internationale Nachrichten

OECD

Drei von vier Lehrpersonen vermissen Anreize, um ihren Unterricht zu verbessern, und in drei von fünf Schulen stört schlechtes Benehmen von

Schülern den Unterricht. Dies geht aus einem OECD-Bericht hervor, der auf Umfrageergebnissen in 23 Ländern basiert (die Schweiz nahm daran nicht teil). Eine weitere Erkenntnis lautet, dass die meisten Länder keine oder keine genügende Verbindung herstellen zwischen der Leistungsbeurteilung der Lehrer und der Anerkennung, die sie für ihre Leistung erhalten.

Deutschland

Für die Berliner Gymnasien gibt es viel mehr Bewerber als freie Schulbänke. Die Stadtregierung (SPD/Die Linke) beschliesst deshalb, wenn in einem staatlichen Gymnasium oder in einer beliebigen Sekundarschule die Zahl der Anmeldungen grösser ist als die Zahl verfügbarer Plätze, dass in mindestens 30 Prozent der Fälle neu das Los über den Zutritt entscheiden soll. Weitere 60 Prozent dürfen von den Schulverwaltungen nach eigenen Kriterien selbst vergeben werden. Die restlichen 10 Prozent sind für besondere Härtefälle vorgesehen. Damit will die Regierung die Chancengleichheit herstellen.

Österreich

Im Streit um Reformen im Schulsystem nehmen die Koalitionspartner unvereinbare Positionen ein, so dass bis auf Weiteres keiner der beiden Koalitionspartner seine Ideen über eine Schulreform durchsetzen kann.

Abgeschlossen: 1. Juli 2009

Walter E. Laetsch

Neues Hochschulförderungsgesetz

Gleichstellung Fachhochschulen mit Universitäten

Zahlreiche Vorstösse veranlassten Ende der neunziger Jahre den Bundesrat, ein neues Hochschulförderungsgesetz auszuarbeiten. Kritikpunkte waren vorab mangelnde Steuerungsmöglichkeiten des Bundes und ungenügende Koordination der bestehenden Hochschulorgane. Mit dem Bildungsartikel von 2006 erfolgte ein erster Schritt, indem die Hochschulen zur «Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Kantonen» wurden. Der Gesetzesentwurf setzt nun diesen Auftrag um. Die Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs stand stark in der Auseinandersetzung widersprüchlicher Interessen. Der Bund und die Wirtschaft wollten mehr Kompetenzen, waren aber kaum zu höheren Zahlungen bereit, die Kantone waren nicht zu Kompetenzabgaben ohne entsprechende finanzielle Leistungen bereit und die Rektoren befürchteten Einschränkungen ihrer Autonomie. Zwar sollen die Gemeinschaftsorgane Hochschulkonferenz (alle Kantone) und Hochschulrat (Erziehungsdirektoren der Hochschulträgerkantone, neu unter dem Vorsitz eines Bundesrates) etwas mehr Kompetenzen erhalten.

Die bedeutendste Neuerung ist aber die Gleichstellung der Fachhochschulen mit den Universitäten. Neu ist auch, dass der Bund verbindliche, im Gesetz festgelegte Beiträge an die sog. «Referenzkosten» der Hochschulen von 20 % (Universitäten) bzw. 30 % (Fachhochschulen) leistet, die im Unterschied zu den heutigen Finanzhilfen auf dem Budgetweg nicht gekürzt werden können. Die Subventionierung wird leistungsorientierter ausgerichtet – allerdings erst nach einer langjährigen, an der Besitzstandswahrung orientierten Übergangszeit. Auch die Akkreditierung wird für beide Hochschultypen einheitlich geregelt. Hochschulkonferenz und Hochschulrat erhalten die Kompetenz, kostenintensive Bereiche zu koordinieren. Das Gesetz stellt damit eine kooperative Weiterentwicklung des geltenden Rechts ohne grundlegende Neuordnung der Aufgaben und Finanzierung dar – was zu erwarten war. Es liegt im Übrigen auch auf der Linie, wie sie die Vernehmlassung des StV (vgl. «civitas») unterstützt hat.